

# In sechs Monaten 142.500 Straftaten durch „Flüchtlinge“ in Deutschland!

(Berlin) Deutsche Medien schweigen sich weitgehend darüber aus. Ausländische Medien aber berichten über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Zahlen sind Fakten. Sie sind nicht schlecht und nicht gut, weder rassistisch noch „refugee correct“. An ihnen gibt es nicht viel zu deuteln. Wenn sie aber nicht veröffentlicht werden, erfahren die Menschen nicht davon. Nun warnte selbst Papst Franziskus – bisher ein entschiedener Verfechter der „Willkommenspolitik“ – die Regierenden vor der Gefahr, abgewählt zu werden.



## Germany as a country of immigration

So wirbt das Bundesaußenministerium für die Einwanderung nach Deutschland

mung verschafft, oder eine solche verhindert. Der britische *Daily Mail* setzte die Nachricht in das angemessene Licht und in den entsprechenden Kontext.

❖ *Jenen, den man zwischen Flensburg und Kiefersfelden lieber verschleiern würde.*

Die Angaben des Bundeskriminalamtes beziehen sich nicht auf Schätzungen oder eine gefühlte Täter-Wahrnehmung, wie sie besorgten Bürger immer wieder unterstellt wird mit dem irreführenden Zusatz, Ausländer seien „nicht krimineller“ als Deutsche. Die Zahlen des Bundeskriminalamtes sind Fakten. Die Zuschreibung der Tat bezieht sich nur auf eine gesichert festgestellte Täterschaft. Die Gesamtzahl der von „Flüchtlings“ begangenen Straftaten dürfte daher noch wesentlich höher liegen.

Auf das Konto der „Schutzsuchenden“ gehen demnach täglich 780 Delikte.

→ Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 2015 liegt bei fast 40 Prozent. Der Großteil der Straftaten betrifft Gelddelikte und Fälschungen.

Es gibt aber auch Schlimmeres.

Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß alle „Flüchtlinge“ kriminell sind.

- ◆ Daß ein „Schutzsuchender“ keine kriminellen Handlungen begeht, ist ein Mindeststandard an Bringschuld.
- ◆ Daß die Straftaten „Flüchtlings“ unter Anführungszeichen zugeschrieben werden, ist eine Folge der verantwortungslosen Flüchtlingshype bestimmter

Kreise, die 2015 *partout* darauf bestanden, jeden illegalen Migranten zum „Flüchtling“ erklären zu wollen.

### ► Aufgezwungene Paradigmenwechsel

**Die Meldung stellt „eine politische Bombe“ für Bundeskanzlerin Angela Merkel dar.** Sie ist es, die die Verantwortung für die Einwanderungsmisere trägt, die Deutschland einen doppelten Paradigmenwechsel beschert hat, ohne daß das Volk nachweislich auch nur einem davon zugestimmt hätte.

1. Erstens: Merkels Parteikollegen Wolfgang Schäuble, als Bundesinnenminister (2006), und Christian Wulff, als Bundespräsident (2010), verordneten von oben herab: „Der Islam gehört zu Deutschland“.
2. Zweitens: 1973 schrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* erstmals „*Natürlich sind wir längst ein Einwanderungsland*“. Doch die Deutschen wollten kein Einwanderungsland sein, weshalb dieselbe *Zeit* noch 1999 schreiben mußte:  
→ „*Das Land, das Millionen Einwanderer und Flüchtlinge aufnimmt, streitet nach wie vor darüber, ob es ein Einwanderungsland sei.*“ 2006 hieß es dann: „*Jetzt, da die Bundesrepublik auch offiziell ein Einwanderungsland ist, beginnt sie sich zu fragen, was das eigentlich bedeute*“.

Selbst 2015 mußte das Hamburger Wochenblatt noch schreiben:

- „*Deutschland wird zum Einwanderungsland, unweigerlich, unwiderruflich und ab sofort.*“

**„Ab sofort“ bedeutet konkret, daß das bisher von *den Menschen nicht gewollt war.***

Die *Zeit*-Schlagzeilen belegen, daß den Deutschen über Jahrzehnte hinweg von oben etwas aufgezwungen wurde, das sie nicht wollten und immer noch nicht wollen. Diese nicht gewollte Masseneinwanderung verändert jedoch seit Jahrzehnten grundlegend und radikal Bevölkerung und Staatswesen. Die Eliten wollten aus unterschiedlichen Gründen die Zuwanderung. Das Volk wollte es nie, wurde aber von den Eliten nicht gefragt. Was für die Bundesrepublik Deutschland gilt, gilt ebenso für Österreich, die Schweiz, Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, usw. In den Jahrzehnten wurde ein unglaublicher Aufwand von Politik, Medien, Schule und Kultur betrieben, um das Volk in die gewünschte Richtung zu beeinflussen, ruhigzustellen, zu desinformieren, letztlich zu manipulieren.

2.127.000 Menschen sind allein 2015 in die Bundesrepublik eingewandert. Das entspricht der Einwohnerschaft ganzer Bundesländer wie Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Und das in einem einzigen Jahr. Wobei die Dunkelziffer abgetauchter oder nie erfaßter illegaler Einwanderer gar nicht berücksichtigt ist. Selten war die Diskrepanz zwischen den Bürgern und ihrem Staat größer und die Frage, wer eigentlich Souverän ist, bedrückender.

### ► Politische Korrektheit als Sicherheitsrisiko

Im Ausland sorgt eine weitere Nachricht für Aufsehen. Die Nachricht sorgt selbst in Großbritannien und in Italien für Empörung:

- ❖ *Ein deutsche Polizist habe ein 15jähriges Mädchen zu überreden versucht, keine Anzeige gegen einen 50jährigen Algerier zu erstatten, der sie sexuell belästigt*

*haben soll. Am Ende habe der Polizeibeamte nachgeben und das Protokoll aufsetzen müssen. Das sei aber allein wegen der Hartnäckigkeit des Vaters der Betroffenen und eines Zeugen geschehen.*

### **Die deutsche Polizei, die Verbrechen vertuscht, deckt, deren Aufklärung behindert, wenn die Täter Ausländer, Migranten, Einwanderer, „Flüchtlinge“, „Asylanten“, „Schutzsuchende“ sind?**

Die Frage ist beklemmend. Summiert zur Einwanderungswelle, die das Gesicht Deutschlands radikal umgestaltet, erschüttert allein schon die Tatsache, daß eine solche Frage im Raum steht, die Grundfesten des Rechtsstaates und jenes schwer erworbene „*Urvertrauen*“ in die eigene Rechtsordnung.

- Diesen Fall machte die *Rheinische Post* publik. Der Fall habe sich in Rheinberg zugetragen. Der mutmaßliche Täter wurde in einem nahen Aufnahmezentrum (*Asylantenheim, Refugee-Welcome-Center*) ausfindig gemacht. Gegen den Polizeibeamten wurden interne Ermittlungen eingeleitet.

Die Grenzen, die den Geltungsbereich der Gesetze definieren, sind auf Anordnung der Staatsführung verweist. Ungarn, das einzige Schengenland, das seine Pflicht erfüllt, und die Schengen-Außengrenze sichert, obwohl es weiß, daß die „*Flüchtlinge*“ ohnehin nach Deutschland weiterziehen wollen, wird von Brüssel und von deutschen und österreichischen Politikern, Medien und Staatskünstlern beschimpft und denunziert, daß sich viele Menschen in Deutschland und Österreich dafür schämen. Und wieder wiederholt sich das Bild von den Eliten und deren Soldgängern, die anders denkt und anders entscheiden als das Volk.

### **► Die Invasion geht weiter – Papst warnt Regierende, sie könnten abgewählt werden**

Die Invasion setzt sich weniger spektakulär als in der zweiten Hälfte 2015 fort, aber sie setzt sich fort, schleichend, Tag für Tag. Das bedeutet: ständige Vergrößerung der islamischen Gemeinschaft in Europa, deren flächendeckende Ausbreitung und Festsetzung, ohne daß es eine direktdemokratische Legitimation dafür gibt. Vor dem Einsickern von Dschihadisten wird zwar von Geheimdiensten und Polizei gewarnt, doch die hohe Politik will nichts davon hören, oder meint die Gefahr wegen des angeblichen „Nutzens“ der Masseneinwanderung in Kauf nehmen zu müssen und zu können. Die Einwanderung von Kriminellen wird erst recht nicht in Rechnung gestellt. Nichts darf die ideologische Fiktion vom „guten Einwanderer“ trüben, mit dem die Völker und Staaten Europas irreversibel der Auflösung und Vernichtung zugeführt werden sollen.

- Davor warnte nun auch Papst Franziskus, der am 1. November auf dem Rückflug von Schweden sagte, man werde es „*politisch bezahlen*“, wenn man mehr Fremde aufnimmt, als man „integrieren“ kann. Dabei fällt Anspielung „*politisch bezahlen*“ auf, was zunächst in einer Demokratie nur bedeuten kann, daß die Regierungsparteien Stimmen und die Macht verlieren, weil sie von den erbosten Bürgern abgewählt werden. Erteilte Papst Franziskus also den in Berlin, Paris, Wien und Brüssel Regierenden den wohlwollenden Ratschlag, sich nicht abwählen zu lassen?